

Unser Geschäft
bleibt sonntags
geschlossen.

Ein weiterer Riegel gegen die Sonntagsöffnung. Seite 2

Sozialbetrug. Die Zahl ausländischer Hilfskräfte, die offiziell nur stundenweise arbeiten, nimmt zu. Die Sozialpartner wollen dagegen vorgehen.

FRITZ PESSL

WIEN (SN). Vor einem halben Jahr wurde eine neue Form des Sozialmissbrauchs am Bau erstmals ruchbar. Der Verdacht: Viele Bauunternehmen beschäftigen Bedienstete, die offiziell nur Teilzeit angemeldet sind, in Wahrheit aber Vollzeitschuften. Jetzt belegen Zahlen der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK) die Vermutung. Von 133.076 in der Hochsaison auf Baustellen Beschäftigten in Österreich sind 7491 Personen nur Teilzeit registriert. Besonders ins Auge sticht das Bauhilfsgewerbe, wo 9530 Vollzeitbeschäftigten 1317 Teilzeitkräfte (mehr als zwölf Prozent) gegenüberstehen.

Josef Muchitsch, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft BauHölz, hält die hohe Zahl von Teilzeitbeschäftigten für völlig unrealistisch: „Ich kenne keinen, der um 13 Uhr vom Gerüst steigt und bis zum Abend däumchendrehend im Firmenbus auf seine Kollegen wartet, um dann gemeinsam nach Hause zu fahren.“ Den höchsten Anteil an Teilzeitkräften verzeichnet übrigens Wien. „Die sind am kreativsten. Ich denke wegen der vielen Innenarbeiten und Dachböden, da kann man gut versteckt agieren“, sagt Muchitsch.

Er und auch die Bauinnung in der Wirtschaftskammer sprechen offen von unfairem Wettbewerb. Und sie sind sich einig: Diesem Treiben muss ein Riegel vorgehoben werden. Denn der Nachweis, dass viele Bauarbeiter einen Teil der Zeit schwarz arbeiten, war bislang kaum möglich, da im Gesetz nicht fixiert ist, wann die Teilzeitarbeit zu erbringen ist. Kontrollen durch Finanzpolizei, Gebietskrankenkasse oder BUAK schlugen daher regelmäßig fehl. „Die Betroffenen spielen ja mit. Einen Teil des Stundenlohns kassieren sie legal und zahlen dafür Abgaben, die restliche Zeit erhalten sie die Gage brutto für netto“, weiß Muchitsch. „Vor einigen Jahren wäre Teilzeit am Bau noch un-



Verdächtig viele schufteten Teilzeit am Bau

denkbar gewesen. Da musste man mindestens 33 Stunden pro Woche beschäftigt sein, um einen Urlaubsanspruch zu erwerben.“

Problematisch sei die Situation seit Öffnung des Arbeitsmarktes für EU-Ostländer mit 1. Mai 2011. Seither bediene sich die heimische Bauindustrie der Firmen, die ihre Kräfte mit Bussen aus dem Ausland zu Baustellen ankarren, und bringen damit kleine heimische Gewerbebetriebe in Bedrängnis. „Für einen Facharbeiter aus Polen, der Slowakei oder Ungarn ist ein Stundenlohn von 16 Euro viel Geld, in Österreich kostet ein Facharbeiter 35 Euro“, sagt Muchitsch. Lohn- und Sozialdumping müsse schleunigst sanktioniert werden – vor allem vor dem Hintergrund, dass mit 1. Jänner 2014 auch die Dienstnehmerfreizügigkeit für Rumänien und Bulgarien gilt und damit weiterer Sozialmissbrauch zu befürchten wäre.

Christoph Wiesinger, Referent für Rechts- und Sozialpolitik in der Bundesinnung Bau der Wirtschaftskammer, bläst in dasselbe Horn: „Fairer Wettbewerb ist auch im Sinne der Arbeitgeber.“

Der Verdacht von Abgabenhinterziehung und Lohndumping liege nahe. „Ausländische Arbeiter dürfen völlig legal um billiges Geld arbeiten. Subjektiv fühlen sich diese Arbeitnehmer nicht ausgebeutet.“ Im Ministerbüro liege schon ein Gesetzesentwurf, der demnächst in Begutachtung gehen solle. Gewerkschafter Muchitsch

Die Betroffenen spielen mit und kassieren den Rest brutto für netto.

J. Muchitsch, Gewerkschafter

strebt noch vor dem Sommer eine Novelle bei den Meldepflichten im Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz an. Arbeitgeber sollen im Vorhinein bekannt geben müssen, an welchen Tagen und zu welcher Uhrzeit ihre Bediensteten die Teilzeitarbeit verrichten. Dann könnten Meldeverstöße sanktioniert werden. Neben Geld-

strafen soll es für Wiederholungs-täter auch Sperren von bis zu einem Jahr bei öffentlichen Ausschreibungen geben.

Ein „Riesenproblem“ ortet Muchitsch bei Teilzeitbediensteten, die im Monat offiziell 24 Stunden arbeiten und damit weiter Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, weil sie mit ihren Einkünften unter der Geringfügigkeitsgrenze von 386,80 Euro liegen. „Das läßt zum Sozialmissbrauch ein.“ Laut BUAK-Auflistung sind es 2227 Arbeitnehmer – vorwiegend Bedienstete im Baugeerbe, Bauhilfsgewerbe sowie Zimmerer.

Sollte die Wohnbauoffensive umgesetzt werden, macht Baugewerkschafter Muchitsch einen radikalen Vorschlag: Wo öffentliche Gelder eingesetzt werden, sollten nur Firmen zum Zug kommen, die den Sitz und deren Beschäftigte den Hauptwohnsitz in Österreich haben. Laut Urteil des EuGH sei es gesetzlich möglich, bei Konjunkturproblemen befristet nur auf heimische Unternehmen zu setzen, betont Muchitsch. „Dort, wo Steuergeld hinfließt, soll die Wertschöpfung im Land bleiben.“